



Bundes- tags- brief

Nr. 135 • Die Woche im Bundestag • 26.04.2013



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Den Ehrlichen gehört die Zukunft

Weder Steuerhinterziehung noch Sozialbetrug sind vor den ehrlichen Bürgern zu rechtfertigen. Aus guten Gründen ist Steuerhinterziehung daher mit besonders hohen Strafen belegt. Uns allen sollte daran gelegen sein, dass die gesetzlich vorgesehenen Steuern auch tatsächlich in unseren öffentlichen Kassen landen.

Abkommen mit Nachbarstaaten können dazu ein hervorragendes Mittel sein - insbesondere dann, wenn sie alle in dem Land anfallenden deutschen Kapitaleinkünfte lückenlos erfassen und sogar rückwirkend hinterzogene Steuern und pauschale 'Strafaufschläge' nach Deutschland holen. Mit der Schweiz hatten wir ein solches Abkommen ausgehandelt.

Man kann natürlich auch auf Zufallsfunde setzen, die durch den mehr oder weniger seriösen Ankauf von Daten-CDs oder Selbstanzeigen entstehen. Eine systematische und damit gerechte Erfassung der Steuerpflichtigen sieht anders aus. Allerdings bedient man das populistische Bedürfnis nach skandalträchtigen Schlagzeilen. SPD und Grüne sollten dazu übrigens auch erklären, dass durch ihr Vorgehen Steuerhinterzieher nur zufällig erkannt werden und überdies im Zweifel auch noch billiger davon kommen.

Bereits in der letzten Wahlperiode hatte die Große Koalition übrigens die Regeln für die Selbstanzeige verschärft. So kommt Strafbefreiung nur noch dann in Frage, wenn die Behörden nicht schon Vorkenntnisse hatten und die Angaben in der Selbstanzeige umfassend sind. Das zeigt: Wer den Kampf gegen Steuerbetrug zur parteipolitischen Profilierung missbraucht, stopft die Schlupflöcher nicht sorgfältig genug und füllt am Ende die falschen Kassen. Die Debatte gibt aber auch Anlass, die Reihen in der Gesellschaft zu schließen.

Steuerhinterziehung darf ebenso wie Schwarzarbeit und Sozialbetrug nicht augenzwinkernd toleriert werden, sondern muss gesellschaftlich geächtet werden. Auch hier gilt: Wenn wir zusammenstehen, sind wir stark.

Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen

Auf Wunsch der Opposition debattieren wir in dieser Woche erneut über ein Verbot der NPD – einer Partei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Um es klar zu sagen: Diese Partei missachtet die Menschenwürde, die Grundrechte und die demokratischen Grundwerte. Das von ihr vermittelte Gedankengut bereitet den Nährboden für gewalttätige Rechtsextremisten. Ihrer Ideologie entgegenzutreten ist Pflicht aller Demokraten.

Diese Aufgabe obliegt den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik. Die ganz überwiegende Mehrheit der Wähler hat bei zahlreichen Wahlen in den vergangenen Jahren ihre eigene Antwort auf die Politik und die Ziele der NPD gegeben und sie nicht gewählt.

Der Bundesrat hat einen Antrag auf NPD-Verbot gestellt. Die Bundesregierung hat für sich festgestellt, dass ein eigener Verbotsantrag nicht erforderlich ist. Wir sehen dies für den Bundestag genauso und lehnen daher einen entsprechenden Antrag der SPD ab.

Für die Koalition geht die Bekämpfung des Rechtsextremismus weit über die Frage eines Parteienverbots hinaus.

Für uns ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe von besonders hoher Bedeutung.

Deshalb haben wir im Bundeshaushalt 2013 erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, um den Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken. Diese Erhöhung erfolgt dauerhaft, indem auch in den Folgejahren ab 2014 nach der Finanzplanung eine Erhöhung der Mittel vorgesehen ist. In einem umfassenden Antrag stellen wir unsere Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus dar und werben dafür bei den anderen Fraktionen um Zustimmung.

Arbeit für Alle schaffen

Deutschland ist derzeit die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas. Doch die Welt steht nicht still. Andere Länder werden stärker. Das muss uns nicht einschüchtern, wir haben große Stärken – ausruhen dürfen wir uns aber nicht. Weniger Arbeit wäre das Ungerechteste überhaupt.

Deutschland muss sich daher gewaltig anstrengen um, seine Produkte auch in den nächsten Jahrzehnten weltweit verkaufen zu können. An den Produkten hängen unsere Arbeitsplätze. Wir brauchen daher die besseren Fachkräfte. Deutschland muss als Bildungs- und Forschungsstandort weiter in der Weltspitze stehen, denn Bildung und Forschung sind die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

Wir müssen weiterhin Lösungen für den demografischen Wandel entwickeln. Diese Herausforderungen geht die Koalition entschlossen und erfolgreich an. Der Fleiß der Menschen und unsere Politik haben unser Land stark gemacht, so dass es Chancen hat wie nie zuvor. Die größte Chance aber liegt in einem einigen Europa.

Der deutsche Mittelstand – Grundlage für Deutschlands Stärke

In einer Kernzeitdebatte haben wir den deutschen Mittelstand mit seinen überragenden Leistungen für die wirtschaftliche Stabilität, den gesellschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gewürdigt.

Und wir handeln: Als konkrete Entlastungsmaßnahme werden wir in dieser Woche beispielsweise im Bundestagsplenum beschließen, die Aufbewahrungspflichten für Belege und Rechnungen zu verkürzen und damit die Bürokratiekosten um über 2 Milliarden Euro zu verringern.

Kanzlerkandidat Steinbrück hat eine solche Maßnahme im März noch ausdrücklich unterstützt. Es würde seine Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit weiter schwächen, wenn die SPD-Bundestagsfraktion und die rot-rot-grüne Bundesratsmehrheit sich diesem Gebot mittelstandspolitischer Vernunft nicht anschließen.

Gute Aussichten für deutsche Wirtschaft

Das DIW prognostiziert in seiner Mittelfristprojektion, dass Deutschland in den nächsten fünf Jahren mit mehr Wachstum, mehr Jobs und einer immer stärkeren Binnenwirtschaft rechnen kann.

Allein im Jahr 2017 werden die öffentlichen Haushalte Überschüsse von knapp 28 Mrd. € erzielen. Zudem wird die Schuldenstandsquote nach den Schätzungen der Experten von knapp 82% im Jahr 2012 auf 68,5% im Jahr 2017 fallen.

Das BIP wird nach den Berechnungen des Instituts zwischen 2012 und 2017 voraussichtlich um etwa 3,5% steigen. Auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen wird zunehmen, während die Arbeitslosigkeit weiter sinkt.

Ein Zuwachs von rund 3% bei den Löhnen und zunehmende Arbeitsplatzsicherheit dürfte auch den privaten Konsum deutlich beleben. Dadurch werden vor allem die Lohnsteuereinnahmen steigen. Insgesamt nehmen die Steuereinnahmen in den Jahren bis 2017 um bis zu 4% zu. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen steigen zwischen 2012 und 2017 um durchschnittlich 3% pro Jahr.

Insgesamt werden die Einnahmen des Staates in den Jahren 2013 bis 2017 um jahresdurchschnittlich 3% Prozent zulegen und damit deutlich schneller als in den vergangenen fünf Jahren.

Auch die Bruttoinvestitionen des Staates werden bis 2017 jahresdurchschnittlich um 4% und damit deutlich schneller als in den letzten Jahren steigen. Allerdings steigen laut den DIW-Experten ebenso die konsumtiven Ausgaben des Staates.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW)